

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KY/187

Bonn, den 29. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Deutscher Standpunkt"</u>	19

Nach dem Besuch des Staatssekretärs Carstene in Moskau

1	<u>Über 100 Mittelpunktschüler in Hessen</u>	26
---	--	----

"Kirchturnspolitik" nicht gefragt - CDU ist stumm geworden

2	<u>Eine große Leistung</u>	37
---	----------------------------	----

20 Jahre Evangelische Akademie Bad Boll

3 - 4	<u>Gerechtigkeit bricht Gewalt</u>	82
-------	------------------------------------	----

Am 30. September 1890: Fall des Sozialistengesetzes

Von W. G. Oschilewski

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Wir werden die CDU beim Wort nehmen
Die neue Bundesregierung und die Vertriebenen
STEWART und das Recht auf die Heimat
Bonn verharmlost die GAULLES Haltung
Polnischer Kommunist dankt der Kirche
Bischöflicher Vater der Schlessier

+ + +

"Deutscher Standpunkt"

Nach dem Besuch des Staatssekretärs Carstens in Moskau

sp - Daß die Haltung des Krenl zum Deutschland-Problem unverändert geblieben ist, hätte man schon vor der Reise des Staatssekretärs Carstens nach Moskau sagen können. Wozu hat schließlich die Bundesrepublik einen Botschafter in Moskau. Jetzt taucht hier und dort die Frage auf, ob derartige Reisen überhaupt einen Sinn haben und ob es nicht besser wäre, sich auf den üblichen Notenaustausch zwischen Moskau und Bonn zu beschränken. In den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung wird ein Nutzen der Reise des Herrn Carstens darin erblickt, daß der Staatssekretär die Gelegenheit wahrnehmen könnte, den "deutschen Standpunkt" eindringlich vorzutragen. Hier sei die Frage erlaubt: Welchen deutschen Standpunkt? Den des schwankenden Herrn Erhard, den des Außenministers Schröder, den des Altbundeskanzlers und Parteivorsitzenden der CDU Dr. Adenauer, den des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, den des Vizekanzlers und Gesamtdeutschen Ministers Dr. Erich Mende oder den des Führers der FDP-Verhandlungsdelegation für Koalitionsbesprechungen, Dr. Thomas Dehler? Hoffentlich hat sich Herr Carstens da durchgefunden und hoffentlich hat er den Sowjets wenigstens gesagt, daß laut Grundgesetz der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, bzw. bestimmen soll...

Über 100 Mittelpunktschulen in Hessen

"Kirchturmspolitik" nicht mehr gefragt - CDU ist stumm geworden

sp - Mehr als die Hälfte der über fünf Millionen Einwohner Hessens lebt in ländlichen Gemeinden. Diese Tatsache findet in der Schulpolitik der hessischen Landesregierung sowie in ihrem Landschulprogramm entsprechende Beachtung. Dazu sagte der hessische Kultusminister Professor Dr. Ernst Schüttc kürzlich: "Auch den Kindern des Dorfes soll - und wird - in Lande Hessen die Chance einer Schulbildung gegeben werden, die ihnen in der sich wandelnden Welt weiterhilft." - Die Anzahl der unzulänglichen einklassigen Dorf- oder Zwergschulen wird ständig geringer. Bis zum März dieses Jahres wurden in Hessen rund 100 vollausgebaute Mittelpunktschulen errichtet. Weitere 140 Mittelpunktschulen für etwa 800 Gemeinden sind in Bau oder in der Planung. Von den 2 465 hessischen Gemeinden sind bisher rund 1 350 Gemeinden in 278 Mittelpunkt-Schulverbänden organisiert worden.

Über die Grenzen des Landes hinaus ist bekannt, daß die äußere Schulreform in Hessen vor dem Abschluß steht, und zwar zum gleichen Zeitpunkt, da sie in der meisten anderen Bundesländern gerade beginnt. Diese Tatsache haben Landtagsabgeordnete anderer Länder bei einschlägigen "Lokalterminen" in Hessen bestätigt. Die Planungen sind im wesentlichen beendet, für die meisten Landkreise die insgesamt notwendigen Schulverbände gebildet und Baupläne weitgehend erstellt. Anträge für neue Mittelpunktschulen gehen laufend im hessischen Kultusministerium in Wiesbaden ein. Rasch wird das Netz von Mittelpunktschulen moderner Form über das ganze Land hin auf- und ausgebaut. Politische Schwierigkeiten, wie sie die CDU über viele Jahre hinweg bereitete, gibt es kaum noch, da die Opposition erkannte, daß mit "Kirchturmspolitik" niemandem zu helfen ist.

Eine große Leistung

20 Jahre Evangelische Akademie Bad Boll

Am 29. September 1945 begann die Evangelische Akademie Bad Boll mit ihrer Arbeit. Was hier seither geleistet wurde, ist nicht nur ein Rufesblatt für die Evangelische Kirche; das gesamte öffentliche Leben in Deutschland und weit darüber hinaus wurde von den freiwilligen Aussprachen auf den Veranstaltungen der Akademie befruchtet.

Hier in Bad Boll trafen sich hervorragende Frauen und Männer unseres geistigen Lebens und diskutierten miteinander über die Probleme der Zeit. Theologen kreuzten mit Freidenkern die Klinge, Politiker der verschiedensten Richtungen untersuchten gemeinsam die Fehler oder Vorzüge dieses oder jenes politischen Programms. In Bad Boll war man sich durchaus nicht immer "einig". Man suchte die Wahrheit, schliff in der Diskussion kantige Ecken ab und überlegte gemeinsam, ob dieser oder ein anderer Weg zur Erreichung eines bestimmten Zieles gangbar sei.

Es gibt wohl kaum ein Problem des öffentlichen Lebens, das nicht in Bad Boll zum Gegenstand stets interessanter Auseinandersetzungen gemacht wurde. Das Beispiel dieser im Jahre 1949 ins Leben gerufenen Akademie war ansteuernd. Es folgte die Gründung der Akademien in Loccum, Arnoldsheim und Lützing. Auch in anderen europäischen Staaten sowie außerhalb Europas folgte man dem Beispiel von Bad Boll.

Der große Erfolg dieser Akademiearbeit liegt wohl in der erklärten Absicht ihrer Gründer und Leiter begründet, sich niemandem mit seiner Meinung aufdrängen zu wollen. Die Akademie Bad Boll und ihre Nachfolger - auch im katholischen Raum - wurden zum Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft, die das Nehmen und Geben geistiger Anregungen als den Motor ihrer Existenz betrachtet.

Deshalb ist es auch nicht die Zahl der Veranstaltungen - sie stieg seit 1951 von 52 auf rund 300 Tagungen pro Jahr - an der man die Bedeutung der Evangelischen Akademie Bad Boll messen kann. Der Inhalt dieser Tagungen ist entscheidend; nur dieser gibt Zeugnis von der vielfältigen Ausstrahlung, die von Bad Boll ausgegangen ist.

Es ist gut zu wissen, daß eine solche Institution nach den 20 Jahren ihres Bestehens heute als Schrittmacher einer vorbildlichen Leistung für die Gemeinschaft unseres Volkes anerkannt wird.

Von der Evangelischen Akademie Bad Boll sind viele geistige Impulse ausgegangen, die weiterwirkten in dem Raum des täglichen Kampfes um die Festigung einer freiheitlichen Staatsordnung.

Gerechtigkeit bricht Gewalt

Am 30. September 1890: Fall des Sozialistengesetzes

Von W.G. Oschilewski

Wie man auch zu der sozialistischen Theorie und der politischen Praxis der über 100jährigen deutschen Sozialdemokratie im einzelnen stehen mag - niemand, selbst ihr politischer Gegner nicht, wird leugnen können, daß die aus der Tiefe des Volkes hervorgegangene Massenbewegung auch aus der Geschichte der deutschen Nation nicht fortzudenken ist. Das liegt aber nicht nur an ihrer starken organisatorischen Machtentfaltung, sondern vor allem auch an den geistigen und moralischen Antriebs- und Gestaltungskräften des demokratischen Sozialismus, die sich im Gesamtbild der geschichtlichen Entwicklung niederschlagen haben.

Kampf gegen den politischen Unverstand

Die deutsche Sozialdemokratie war von ihrem Ursprung an eine Kampfbewegung, die sich gegen den politischen Unverstand, den sozialen Rückschritt und moralische Perfidie der gesellschaftlichen Machthaber zur Wehr setzte. So ist ihre eigene Geschichte gekennzeichnet durch die großen und kleinen Tragödien und Katastrophen eines opferreichen Weges. Als am 19. Oktober 1878 der damalige Reichstag mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen das berüchtigte Ausnahmegesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" annahm, glaubte das Bismarcksche Gewaltregime der jungen aufstrebenden Volksbewegung den entscheidenden Schlag versetzt zu haben. Die beiden Attentate auf den alten Kaiser Wilhelm waren nur der äußere Anlaß zur Vorbereitung des Schandgesetzes. Die tieferen Ursachen lagen in dem unüberbrückbaren Gegensatz zweier gesellschaftlicher Prinzipien: in dem Gegensatz zwischen dem autoritären Obrigkeitstent der auf junkerliche Despotie und großbürgerliche Ausbeutung beruhte, und dem demokratischen Sozialismus, der sich um eine freiheitliche, soziale und politische Rechts- und Lebensordnung bemühte.

"Attentat" als Vorwand

Was war eigentlich vorgegangen? Am 11. Mai 1878 hatte der frühere Klempnere Geselle Max Mödel aus Leipzig aus einem lächerlichen Tarzerol einen Schuß auf Wilhelm I. abgegeben, ohne diesen zu verletzen. Bismarck gelang es zunächst noch nicht, den von ihm veranlaßten Gesetzesentwurf "zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" im Reichstag zur Annahme zu bringen. Erst als am 2. Juli des gleichen Jahres ein schwer pathologischer und unzurechnungsfähiger Mensch in der Person des Dr. Karl Nobiling aus Dresden ein weiteres Attentat auf den greisen Monarchen verübte, konnte der Kanzler zu dem erprobten Mittel einer Zwecklüge greifen, um den Reichstag für ein neues Gesetz gegen die Sozialdemokratie gefügig zu machen. Er ließ durch das offiziöse Telegrafienbüro des Obersten Wolff die Meldung verbreiten, daß Nobiling eingestanden hätte, "daß er sozialdemokratischen Tendenzen huldige". Damit wurde die Sozialdemokratie der geistigen Urheberschaft an Attentat und an der indirekten Mitwirkung an einem politischen Königmord bezichtigt.

Ausweisung und unzählige Freiheitsstrafen

Bismarck und mit ihm die führenden Männer des Obrigkeitsstaates ließen nichts unversucht, um der vorwärtsdrängenden Entfaltung der sozialdemokratischen Volksbewegung Einhalt zu gebieten. Die Gesetzesmaschine arbeitete mit erstaunlicher Geschwindigkeit, wie man es bisher kaum von der Bürokratie gewöhnt war. Am 19. Oktober 1878 nahm der aus den sogenannten Attentatswahlen geborene neue Reichstag von Bismarcks Gnaden das Sozialistengesetz mit 221 gegen 159 Stimmen an, das dann zwei Tage darauf in Kraft trat. Das war der Beginn der blutigen Zerstörung des sozialdemokratischen Parteilbens einschließlich der Gewerkschaften und ihrer Einrichtungen. Mehr als 100 Zeitungen und Zeitschriften sowie unzählige Druckschriften wurden verboten, Tausende ihrer Existenz beraubt, Tausende ausgewiesen und allein von 1878 bis 1888 über 1.000 Jahre Freiheitsstrafen verhängt.

Angesichts der Terrorherrschaft des Bismarckschen Gewaltstaates ist es müßig zu fragen, ob das Sozialistengesetz auf der Grundlage richterlicher Beweise, der Feststellung gesetzlich vorgeschriebener Tatbestandsmerkmale und nach exakter juristischer Begriffsbestimmung der wirklichen sozialdemokratischen Bestrebungen erfolgt sei. Es war ja nicht nur ein willkürlich gehandhabtes Polizeigesetz mit allen korumpierenden Begleiterscheinungen, es war in erster Linie ein politisches Gesetz, das die Sozialdemokratie als die Vertreterin fortschrittlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Interessen der breiten Schichten zerschlagen sollte.

Anfang vom Ende der Ära Bismarcks

Diese Zeit des Sozialistengesetzes hat man in der Geschichte der sozialen Bewegung unseres Volkes mit Recht die Heroenzeit der Sozialdemokratie genannt. Verfolgt und in ihrer politischen und personellen Bewegungsfreiheit gehindert, wuchs sie jedoch in dem Maße, wie die Raffgier des Industriekapitalismus immer größere Teile der Arbeitnehmerschaft proletariisierte. Aber die irakonishesten Ausnahmeverordnungen haben die Sozialdemokratie in ihrem Kern nicht zerstören können. Der Wahlsieg vom 20. Februar 1890, der die Sozialdemokratie zur stärksten Partei des Reiches machte, war nach den Worten Friedrich Engels der "Anfang vom Ende der Ära Bismarcks". Der "eiserner Kanzler", der die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte, fiel in kaiserliche Ungnade, und nach der Liquidation des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 konnte die Tätigkeit der Widerständler für den sozialen und kulturellen Aufstieg des Volkes, wenn auch zunächst noch durch vielerlei Schikanen gehemmt, wieder auf dem Boden des für alle geltenden "gemeinen Rechts" erfolgen.

* * *

Die zweite große und noch brutaleren Verfolgung der deutschen Sozialdemokratie begann mit der Hitlerdiktatur im Jahre 1933. Sie endete im militärischen und moralischen Zusammenbruch des "Dritten Reiches" im Jahre 1945. Wieder wurden die Sozialdemokraten verfolgt. Hinrichtungen, Zuchthaus, Konzentrationslager und Emigration sollten, wie Hitler einmal sagte, die Sozialdemokratie "für immer aus der Nation auslöschen". Das Gegenteil geschah. Im freien Teil Deutschlands wurde die Sozialdemokratie zur stärksten Bastion des neuen demokratischen Staates. Vor wenigen Tagen gaben ihr fast 40 Prozent der wahlberechtigten Bürger ihre Stimme.

+ + +